

NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung der Gemeindevertretung vom 18.12.2006

Schriftführer:

Stachelscheid, Ulf

TAGESORDNUNG:

1. a) Bericht des Vorsitzenden
b) Bericht des Gemeindevorstandes
2. a) Antrag der CDU – Fraktion zum Haushalt 2007
b) Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2007 mit allen Anlagen
- 3.) Verschiedenes
- 4.) Verabschiedung eines Beigeordneten /
Ernennung und Verpflichtung eines neuen Beigeordneten

Begrüßung, Beratungen und Beschlussfassungen:

Mit der Begrüßung aller Anwesenden eröffnete Vorsitzender Nadler die 8. Sitzung der Gemeindevertretung in der lfd. Wahlperiode.

Ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wurden festgestellt bei 21 anwesenden Gemeindevertretern. Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

1.

a. Bericht des Vorsitzenden,

Gegen die Niederschrift vom 21.11.06 wurden innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände vorgebracht.

Die Niederschrift ist damit angenommen.

b. Bericht des Gemeindevorstandes

Die Zusammenfassung der wesentlichen Tätigkeiten aller Verwaltungsabteilungen lag den Gemeindevertretern vor.

Bürgermeister Aurand beschränkte sich daher auf die auszugsweise Wiedergabe des Jahresberichtes.

Der Bericht liegt dem Originalprotokoll bei.
Nachfragen wurden nicht gestellt.

2.

a. Antrag der CDU – Fraktion zum Haushalt 2007

Auf den vorliegenden Antrag der CDU – Fraktion wurde verwiesen.

Ergänzend erläuterte, bzw. begründete, Fraktionsvors. Kreck die Antragstellung und verwies auf dringenden Handlungsbedarf, zumindest für den Antrag zur Mittelbereitstellung für die Sanierung des Sanitärbereichs im Sportheim Burbachstadion und hielt ebenfalls die Veranschlagung von Haushaltsmittel im VMH für die Errichtung eines Zaunes so-

wie in der Verbesserung der Außenbeleuchtung für geboten im Hinblick auf die ständige Farbbesprühung. Dabei sollte zunächst der Gemeindevorstand gebeten werden, eine Kostenzusammenstellung vorzunehmen und den Ausschüssen entsprechend zu berichten.

Ergänzend beantragte der Fraktionsvors., die Haushaltsansätze mit einem Sperrvermerk zu versehen und dem Ausschuss für Umwelt, Bau- und Liegenschaften sowie dem Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales die Entscheidung für die Mittelverfügung zu übertragen,

- a) ob die Sanierungsmaßnahme mit diesem Umfang durchgeführt werden kann;
- b) ob und in welchem Umfang eine solche Umzäunung erfolgen kann.

Für die SPD – Fraktion wies Fraktionsvors. Scholl darauf hin, dass der Zustand der Sanitäreinrichtungen dem beschriebenen Zustand entspricht und einer gründlichen Renovierung bedarf. Die Einfriedigung wurde dagegen abgelehnt, weil zum einen ein Zaun wenig einladenden Charakter hat und zum anderen Zweifel bestehen, ob durch die Zaunerrichtung Sprayer abgehalten werden können. Der Bauausschuss sollte sich mit diesem Komplex nochmals beschäftigen.

Keine Einwände bestanden dagegen in der Festsetzung eines Sperrvermerkes.

Abschließend wies Fraktionsvors. Kreck auf die notwendige Gegenfinanzierung aus bestehenden Haushaltsmitteln hin. Der Vorschlag wird dem Vorsitzenden zur Beifügung des Protokolls überlassen.

Die Gemeindevertretung votierte anschließend einstimmig für den Antrag der CDU – Fraktion gemäß Vorlage mit dem Hinweis auf die Eintragung eines Sperrvermerkes, die Entscheidung dem Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften sowie dem Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales, zu überlassen.

b. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes 2007 mit allen Anlagen

Auf die Vorlage zum VWH wurde verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 11.12.06 mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Entwurf des Verwaltungshaushaltes zugestimmt und der Gemeindevertretung die Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 12.12.06 die Einzelpläne 6 – 8 im VWH beraten und mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 13.12.06 die Einzelpläne 3 – 5 des VWH beraten und mit

3 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Annahme empfohlen.

Für die CDU – Fraktion beantragte Vors. Kreck ergänzend die Veranschlagung von 15.000,00 € unter einer neu einzurichtenden Haushaltsstelle 630051.01 VWH. Mit diesen Haushaltsmitteln soll die Herrichtung der vorhandenen Bahnübergänge sukzessive umgesetzt werden. Die Reihenfolge soll der Beschlussfassung des Ausschusses für Umwelt, Bau und Liegenschaften obliegen. Wobei zunächst die Herrichtung mit Asphaltdecke als ausreichend angesehen wird.

Bürgermeister Aurand verwies auf die Eigentumsverhältnisse der Flächen durch die Deutsche Bahn AG.

GV Reh (FDP) verwies darauf, dass in der Nachbargemeinde Eschenburg derartige Maßnahmen durchgeführt wurden und fragte, ob aus dieser Situation heraus Nachteile für die Handelnden eintraten.

GV Dintelmann (SPD) hielt die Neueinrichtung einer eigenen Haushaltsstelle nicht für erforderlich, weil es sich um Sanierungsmaßnahmen handelt, die durchaus der Mittelbewirtschaftung der allgemeinen Straßenbauunterhaltung unterliegen. Soweit sich die Antragstellung auf eine Beauftragung des Gemeindevorstandes richtet, erneut initiativ zu werden und über den Fortschritt bei den Verhandlungen, bzw. Sachstand, zu berichten, bestehen dagegen keine Einwände. Ein Eingriff in die Eigentumsverhältnisse der DB tangiert die Rechtslage.

Fraktionsvors. Kreck (CDU) sah in der Antragstellung keineswegs eine Aufforderung zum Rechtsbruch, sondern erwartet lediglich etwas Mut zum Risiko. Die von Eschenburg durchgeführten Maßnahmen blieben nach seiner Ansicht bisher ohne Konsequenzen. Es sollte lediglich ein deutliches Signal gesetzt und die DB ggfls. vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Die SPD – Fraktion, Fraktionsvors. Scholl, stellte daraufhin um 18.40 Uhr Antrag zur Geschäftsordnung auf Sitzungsunterbrechung. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Die Weiterführung der GV-Sitzung erfolgte um 18.45 Uhr.

Für die SPD – Fraktion wies Fraktionsvors. Scholl anschließend darauf hin, dass keine weitere Haushaltsstelle erforderlich sei. Die Aufforderung an den Gemeindevorstand wird vielmehr als Aufforderung zum Rechtsbruch gesehen und kann daher keiner Zustimmung unterliegen.

GV Geppert (CDU) wies dagegen ergänzend darauf hin, dass der Zustand der Bahnübergänge den Winterdienst beeinträchtigt und vielfach Schäden an KFZ hervorgerufen habe.

Fraktionsvors. Kreck (CDU) bekräftigte die Ausführungen seines Vordredners, wies allerdings darauf hin, dass dies keine Aufforderung zum Rechtsbruch beinhalte. Die Gemeinde Eschenburg habe komplett Übergänge, bzw. Brückenanlagen, beseitigt ohne Konsequenzen.

Im Übrigen handelt es sich um keine widerrechtliche Wegnahme, sondern allenfalls um die Aufbringung einer Schwarzdecke. Ggfls. können auch die Schienenteile entfernt und auf dem Bauhof eingelagert werden.

GV Dintelmann (SPD) wies darauf hin, dass durchaus Einigkeit in der Sache besteht mit dem Ziel der Verbesserung der Bahnübergänge. Das Problem sei einzig und allein die DB. Dabei hielt er es für angemessen, auf politischem Wege die DB zu einer Entscheidung zu bewegen.

GV Reh (FDP) verwies ebenfalls darauf, dass die Unterhaltung aller Bahnübergänge sehr im Argen liegt für die bestehenden Gefahrenstellen und soweit auch die grundgesetzliche Verpflichtung der DB gegeben sei. Ggfls. sollten hier bei Schadensauftritten die rechtlichen Möglichkeiten abgeklärt werden, darüber hinaus sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden, ob die DB die Erteilung einer Gestattung akzeptiert, um die Sanierung der Bahnübergänge vorab zu erreichen.

Bürgermeister Aurand schlug vor, die Gespräche mit der DB erneut aufzugreifen, bzw. zu forcieren und die Möglichkeit eines Vorab-Gestattungsvertrages zu prüfen.

Abschließend beantragte Fraktionsvors. Kreck (CDU), den Antrag dahingehend umzuformulieren, den Gemeindevorstand zu beauftragen, zügige Verhandlungen mit der Bahn aufzunehmen, um im Rahmen eines Gestattungsvertrages vorab die Asphaltierung der Bahnübergänge zu ermöglichen. Dennoch sollte es bei der Veranschlagung der beantragten Haushaltsmittel verbleiben. Die Verausgabung sollte auch nur dann ermöglicht werden, wenn ein verbindlicher Gestattungsvertrag zustande kommt. Im Übrigen wurde nochmals die Bemerkung einer Aufforderung zum Rechtsbruch zurückgewiesen. Keineswegs handele es sich um eine Wegnahme, sondern lediglich um das Aufbringen einer Schwarzdecke im Übergangsbereich.

GV Schwedes (FWG) verwies aus eigener Kenntnis auf den Bahnübergang Talstraße / Ziegenberg. Die Aufbringung einer Teerdecke wird nicht als ausreichend angesehen. Zum einen ist der Aufwand höher wenn eine spätere Sanierung umgesetzt werden muss und zum anderen sollte die Frage der Haftpflicht geklärt werden.

Bürgermeister Aurand wies darauf hin, dass bislang keine Ansprüche aus Schadenshaftung an die Gemeinde gerichtet wurden. Ob an die DB Ansprüche gestellt wurden, ist unbekannt.

GV Dintelmann (SPD) stellte Antrag auf getrennte Abstimmung zu dem zuvor umformulierten Antrag der CDU – Fraktion wie folgt:

- a) Abstimmung über die Aufforderung des Gemeindevorstandes
- b) Einrichtung einer zusätzlichen Haushaltsstelle

Die CDU – Fraktion signalisierte insoweit Zustimmung.

Die Gemeindevertretung sprach sich daraufhin einstimmig dafür aus, den Gemeindevorstand entsprechend dem umformulierten Antrag der

CDU – Fraktion aufzufordern, zügige Verhandlungen mit der DB aufzunehmen mit dem Ziel eines Gestattungsvertrages, um die vorhandenen Bahnübergänge zu überdecken oder zu sanieren und

die Einrichtung einer neuen Haushaltsstelle im Einzelplan 6 mit 15.000,00 € auszustatten, zweckgebunden für die Sanierung der vorhandenen Bahnübergänge.

Der Antrag wurde mit 11 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Abschließend votierte die Gemeindevertretung einstimmig für die Annahme des Verwaltungshaushaltes mit dem vorab beschlossenen Antrag der CDU – Fraktion auf Sanierung des Sanitärbereiches im Sportheim Burbachstadion einschließlich Sperrvermerk sowie dem ergänzenden und umformulierten Antrag, ebenfalls der CDU – Fraktion, auf Sanierung der Bahnübergänge mit dem Ziel eines Gestattungsvertrages und der Neueinrichtung einer Haushaltsstelle unter Veranschlagung eines zweckgebundenen Betrages von 15.000,00 €.

Vermögenshaushalt

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 11.12.06 dem Entwurf des Vermögenshaushaltes mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 12.12.06 die Einzelpläne 6 – 8 beraten und mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 13.12.06 die Einzelpläne 3 – 5 beraten und mit 3 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Annahme empfohlen.

Ergänzend bezeichnete Fraktionsvors. Kreck (CDU) den vorliegenden Haushaltsplanentwurf als sachgerecht und solide. Ungeachtet dessen wurde zusätzlich ein Änderungsantrag gestellt auf Ausweisung von 400.000,00 € zur weiteren Aufschließung des Gewerbegebietes „In der Heg II“.

Dabei verteilen sich die Finanzmittel mit

200.000,00 €	auf den Straßenbau,
150.000,00 €	auf Kanal und
50.000,00 €	Wasserleitungsbau.

Die Finanzierung sollte über Kreditaufnahme in die Wege geleitet werden, um vorausschauend die Möglichkeit einzuräumen, Interessenten Ansiedlungsmöglichkeiten zu bieten. Einer Finanzierung über Kredit steht deshalb nichts entgegen, weil es sich zum einen um eine Investitionsmaßnahme handelt und zum anderen die Refinanzierung

durch Abgabe der Gewerbegrundstücke eintritt. Zudem verwies er darauf, dass bereits Interessenten vertröstet wurden, bzw. sich mit Abwanderungsgedanken tragen.

Für die SPD – Fraktion stellte Fraktionsvors. Scholl Antrag zur Geschäftsordnung auf Sitzungsunterbrechung um 19.15 Uhr. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Nach Wiederaufnahme der Sitzungsordnung um 19.30 Uhr wies Fraktionsvors. Scholl (SPD) darauf hin, dass es sich zum einen um eine beträchtliche Summe handelt, zum anderen die Haushaltssituation aber noch genügend freie Mittel bietet, um die Erschließung zu realisieren. Dennoch sei es relevant, die Auffassung der Verwaltung zu diesem überraschenden Antrag zu hören.

Bürgermeister Aurand verwies auf die zunächst erfolgte Erschließung des ALDI-Marktes. Bisher strebt lediglich ein Unternehmen aus der Nachbargemeinde die Ansiedlung an. Dabei wird allenfalls Vermittlungsfunktion betrieben. Einheimische Betriebe zeigen bisher jedoch kein Interesse. Allerdings stehen aus Haushaltsausgabenresten schätzungsweise noch zwischen 200.000,00 € und 250.000,00 € zur Verfügung.

Fraktionsvors. Kreck (CDU) zeigt sich überrascht, ob des erheblichen Ausgaberestes und fragte, wie die SPD – Fraktion an diese Information gelangte. Die Gemeinde sei gehalten, notwendige Angebote zu schaffen und es sei auch bekannt, dass im Wohnungsbaubereich bereits Verweisungen an Nachbargemeinden erfolgten.

Ergänzend verwies GV Dintelmann (SPD) auf die bisher praktizierte solide Haushaltsführung in Dietzhölztal. Über 400.000,00 € könne man jedoch nicht in fünf Minuten entscheiden, zumal keine schriftliche Vorlage vorliegt und auch in den Ausschüssen bisher keinerlei Beratung erfolgte. Dass eine Diskussion in der Sache notwendig ist, wurde nicht bestritten, es bedarf aber einer klaren Positionierung und Erörterung in den Gremien. Eine mündliche Antragstellung sei dazu absolut nicht ausreichend.

Fraktionsvors. Kreck wies darauf hin, wenn Finanzmittel im Haushalt zur Verfügung stehen, eine Kreditaufnahme selbstverständlich unterbleiben kann.

In der folgenden Abstimmung lehnte die Gemeindevertretung mit 8 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und bei 1 Enthaltung den Ergänzungsantrag der CDU - Fraktion ab.

Daraufhin stellte Fraktionsvors. Kreck (CDU) Antrag zur Geschäftsordnung auf Sitzungsunterbrechung um 19.45 Uhr. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Bei Wiederaufnahme der Sitzungsordnung um 19.50 Uhr, begehrte GV Geppert (CDU) Auskunft darüber, ob die vorhandenen Haushaltsausgabereste für die Erweiterung des Gewerbegebietes

„In der Heg II“ vorgesehen wären.

Bürgermeister Aurand verwies darauf, dass der Gemeindevorstand darüber entscheiden wird.

In der abschließenden Abstimmung zum Vermögenshaushalt votierte die Gemeindevertretung unter Berücksichtigung des schriftlichen Antrages auf Mittelbereitstellung für die Errichtung einer Einfriedigung am Sportheim Burbachstadion inklusive Sperrvermerk mit 13 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen für die Annahme des Vermögenshaushaltes.

In seiner Sitzung am 11.12.06 hat der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig dem vorliegenden Entwurf des Stellenplanes zugestimmt und der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

Ebenso einstimmig votierte die Gemeindevertretung für den Stellenplan gemäß Vorlage.

Einstimmig hat der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 11.12.06 die Annahme des Finanzplanes mit dem enthaltenen Investitionsprogramm empfohlen.

Abschließend beschloss die Gemeindevertretung den Finanzplan mit dem enthaltenen Investitionsprogramm gemäß Vorlage.

3. Verschiedenes

Entfällt.

4. Verabschiedung eines Beigeordneten / Ernennung und Verpflichtung eines neuen Beigeordneten

Vorsitzender Nadler verabschiedete den Beigeordneten, Erhardt Schmidt, mit Dank aus seiner bisher ausgeübten Tätigkeit zum Wohle der Gemeinde Dietzhölzetal und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Bürgermeister Aurand überreichte die erforderliche Entlassungsurkunde und ging nochmals zusammenfassend auf die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit ein.

Zugleich wurde als neuer Beigeordneter, Dieter Hofheinz (CDU), als Nachrücker eingeführt unter Überreichung der Ernennungsurkunde als Ehrenbeamter bei gleichzeitiger Verpflichtung durch den Bürgermeister. Eine nochmalige Vereidigung war nicht erforderlich.

Mit dem Dank an die Mitglieder der Gemeindegremien, beschloss der Vorsitzende die Gemeindevertreterversammlung und lud zum gemeinsamen Abschlussessen ein.

Schriftführer

Vorsitzender